

16.09.2019

Aktuelle Stunde

auf Antrag der Fraktion der SPD

Ruhrkonferenz – „kein großer Wurf“ mit fraglichen Beteiligungsprozessen, ohne strukturelle Verbesserungen für das Ruhrgebiet

Am 12. September 2019 erichtet die WAZ („Ruhr-IHKs: Wirtschaft von den 75 Ideen der Ruhrkonferenz enttäuscht“, S. 6), dass die IHKs die 75 Projektvorschläge, die das Ergebnis der Ruhrkonferenz seien, mit „nice to have“ aber „kein großer Wurf“ beurteilen. Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer der niederrheinischen IHK erklärt zudem im Namen aller sechs Industrie- und Handelskammern im Revier: „Im Vergleich zu der Diskussion um die Zukunftsperspektiven für das rheinische Revier bleibt die Ruhrkonferenz mit ihren Vorschlägen damit weit hinter den Erwartungen zurück“. Die IHKs hätten 40 eigene Projektvorschläge eingereicht. Auf der Dialog-Homepage sind insgesamt 199 Vorschläge zu lesen. Es herrscht aber keine Transparenz darüber, wie die nun vorliegenden 75 Projektvorschläge ausgewählt wurden.

Die Landesregierung hatte eine Liste mit 75 Projektvorschläge als Ergebnis der Ruhrkonferenz vorgestellt. Bevor die Landesregierung über das Gesamtpaket entscheidet, sind laut Landesregierung nun noch einmal die Kommunen, Verbände und Bürger gefragt und aufgerufen Stellung zu nehmen, doch wie das erfolgen soll, ist nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der kommunalen Familie unklar. Das Vorhaben im Herbst im Kabinett eine Entscheidung herbeizuführen ist fraglich, wenn zu wenig systematisierte Beteiligung und Transparenz herrscht.

Am 12. September 2019 teilte die Landesregierung mit, dass bevor die Landesregierung über das Gesamtpaket entscheidet, Oberbürgermeister, Landräte und der Regionalverband Ruhr am 16. September 2019 – also vier Tage später – in Hamm ihre Rückmeldungen zu den Projektvorschlägen geben sollen. Das wirft weitere Fragen auf über die wenigen (formalisierten) und zeitlich viel zu straffen Beteiligungsmöglichkeiten. Wie kann eine ganze Region in nur 4 Tagen die 75 Vorschläge in einer abschließenden Haltung bewerten? Warum herrscht keine Transparenz darüber, nach welchen Kriterien und von wem die nun vorliegenden Projektvorschläge ausgewählt wurden? Wie werden die Kommunen und Gemeinden und die Verbandsversammlung bei der Bewertung beteiligt?

Ein Blick in die ausgewählten Projektvorschläge offenbart unterschiedliche Bewertungen. Sicherlich finden sich dort gute Initiativen. Es ist aber zu bezweifeln, dass sich gute Initiativen

Datum des Originals: 16.09.2019/Ausgegeben: 16.09.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

nicht auch ohne Ruhrkonferenz hätten durchsetzen können. Die ausgewählten Projektvorschläge gehen zudem viel zu wenig auf ruhrgebietspezifische Fragestellungen ein.

Die ausgewählten Vorschläge offenbaren insbesondere den mangelnden Willen der Landesregierung, sich mit den großen Herausforderungen des Ruhrgebiets zu beschäftigen. Ob es die strukturelle Verschuldung ist oder auch die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Dass die Vorschläge viel zu allgemein und kleinteilig sind, zeigt sich auch beispielhaft an einem Vorhaben aus dem Finanzministerium. Dieses soll Kurzfilme über die Innovationsfähigkeit der Region finanzieren. Dabei wäre das Finanzministerium besser beraten, sich kräftig für einen Altschuldenfonds des Bundes einzusetzen. Dies wäre doch deutlich effektiver, um die Finanzprobleme des Reviers zu beseitigen.

Dass die Finanzierungsfrage des Gesamtvorhabens immer noch unklar ist und nur aus einseitigen vollmundigen Ankündigungen des Landes bestehen, gerät bei den vielen Kritikpunkten fast schon in den Hintergrund. Im Haushaltplanentwurf für 2019 sind nur leere Titel zu finden. In der Titelgruppe „Strukturhilfe für Steinkohlerückzugsgebiete“ taucht die Ruhrkonferenz als Stichwort nur als Beispiel für „Zusätzliche Konzepte vorbeugende Maßnahmen und Projekte“, also unter „ferner liefern“, auf.

Vor dem Hintergrund der Kritik aus der Wirtschaft, dem intransparenten und auch mangelndem Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren muss der Landtag im Sinne der über 5 Millionen Bürgerinnen und Bürgern im Ruhrgebiet dringend erfahren, wie es jetzt weitergeht. Die Zukunft des Ruhrgebiets ist zu wichtig, um sie nur in Arbeitskreisen zu diskutieren. Das Parlament muss über die Ergebnisse und nächsten Schritte jetzt umgehend informiert werden und beraten, ob die Landesregierung mit den vorgestellten Projektvorschlägen und dem fragwürdigen Verfahren die Probleme des Ruhrgebiets tatsächlich anpackt oder warum das Ruhrgebiet einmal mehr für die PR-Arbeit der Landesregierung herhalten muss.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Michael Hübner
Lisa Kapteinat

und Fraktion